

Veranstaltung zum Thema Postmarktliberalisierung in Brüssel

Der Wettbewerb findet vor allem bei den Arbeitskosten statt

Am 6. Oktober luden das ÖGB-Europabüro und AK EUROPA zu einem Diskussionsabend zum Thema „Nach der Postmarktliberalisierung – bessere Jobs oder mehr Working Poor?“ ein. Ausgangspunkt war eine von der Arbeiterkammer in Auftrag gegebene und von FORBA (Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt) durchgeführte Studie, die im Rahmen der Veranstaltung präsentiert wurde. Nach dieser Erhebung sind die Auswirkungen auf die Beschäftigungsverhältnisse in den bereits geöffneten Bereichen besorgniserregend. Am besten zu beobachten ist das in Ländern, die die Vorgaben der EU frühzeitig erledigt und bereits vollständig liberalisiert haben, wie beispielsweise Deutschland oder Großbritannien.

Anständige, traditionelle Arbeitsverträge würden zu einem Großteil durch a-typische ersetzt, das heißt, die Arbeit werde mehr und mehr durch Teilzeitkräfte und so genannte „Mini-Jobber“ (Deutschland) erledigt, zeigte Christoph Hermann, Co-Autor der Studie, auf. Noch öfter würden die Tätigkeiten jedoch mittlerweile von „Selbständigen“ verrichtet, bei denen selbstverständlich kein Kollektivvertrag oder andere arbeitsrechtliche Standards zur Anwendung kämen, so Hermann weiter. Im EU-Schnitt würden mehr als 90% der Arbeit bei den neuen Mitbewerbern von „Selbständigen“ geleistet, deren Vergütungen sich natürlich fern ab von jeglichen konventionellen Mindeststandards bewegten. Die Bezahlung sei auch insgesamt gesehen deutlich gesunken: Während in Deutschland vor der Liberalisierung noch ein DurchschnittsStundenlohn von 17 Euro üblich war, zahlt die Deutsche Post AG in der Zwischenzeit um die 9 Euro pro Stunde, die Mitbewerber bewegen sich bei 4 bis 6 Euro die Stunde.

„All dies führt mehr und mehr zu einem fragmentierten Arbeitsmarkt mit höchst unterschiedlichen Arbeitsbedingungen. Der Wettbewerb findet vor allem bei den Arbeitskosten statt“, so das traurige Resümee des Wissenschaftlers.



GPF-Bundesvorsitzender Fritz mit der EU-Abgeordneten Evelyn Regner

Gerhard Fritz: Besuch bei den EU-Abgeordneten Evelyn Regner und Hannes Swoboda

Gerhard Fritz nutzte seinen Brüssel-Besuch auch für intensives Lobbying für die Belange der Post-ArbeitnehmerInnen, so zum Beispiel bei den EU-Abgeordneten Evelyn Regner und Hannes Swoboda. Zentrale Themen beim Treffen im EU-Parlament waren die Postrichtlinie III sowie der Kampf gegen Schwarzarbeit, Lohndumping und Scheinselbständigkeit.

Hannes Swoboda lobte die Tatsache, dass sich Österreich mit dem zur Beschlussfassung vorliegenden Postmarktgesetz zeitgerecht auf die bevorstehende Liberalisierung vorbereitet habe.

Es wäre wichtig, die Entsenderichtlinie zu überarbeiten und ein Rahmenrecht für öffentliche Dienstleistungen zu schaffen, mahnte Evelyn Regner. Im Mittelpunkt aller künftigen Überlegungen müssten jedoch immer soziale Aspekte mitberücksichtigt werden.

GPF-Vorsitzender Gerhard Fritz in Brüssel: „Österreichisches Postmarktgesetz kann als Beispiel für andere EU-Staaten dienen“

Gerhard Fritz, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebedienteten (GPF), zeigte in seinem Beitrag auf, wie Liberalisierung, „die nun einmal eine nicht zu ignorierende Realität in Europa darstellt“, doch auf eine sozialverträgliche Art und Weise zu gestalten sei.

Er verwies in diesem Zusammenhang auf das neue österreichische Postmarktgesetz, das seiner Ansicht nach das Potential habe, als gutes Beispiel für den Rest Europas zu dienen. Es handle sich dabei um ein faires Gesetz, das in Österreich eine flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen wie auch angemessene Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sicherstelle.

Der Gewerkschafter fügte hinzu, dass Verbesserungen bei den Liberalisierungsvorgaben durch die EU selbstverständlich begrüßenswert wären und man den europäischen Verband UNI Europa unterstütze, allerdings könne er sich ein Aufschnüren der bisherigen Pakete unter den gegebenen Umständen (neue Mehrheitsverhältnisse im EU-Parlament, bereits vollständige Liberalisierung in manchen EU-Ländern, etc.) kaum vorstellen. Daher sei es ganz wesentlich, dass die Mitgliedsstaaten gut vorbereitet seien.

Studie „Beschäftigungsverhältnisse bei den neuen Postdienstleistern“

Durch den Fall des Postmonopols hat sich die Zahl der auf dem Markt tätigen Postdienstleister deutlich erhöht. Diese teilen sich quasi auf zwei Submärkte auf: Brief-Werbemittel- und Zeitungszustellung sowie Express- und Paketzustellung.

Hier die wichtigsten Ergebnisse der Studie:

Unterschiedliche Kollektivverträge

Da es keinen sektorübergreifenden KV gibt, kommt es innerhalb der unselbständigen Beschäftigten zu deutlichen Unterschieden. Schlechtere KVs kommen vor allem bei Subunternehmen vor, sofern sich diese überhaupt daran halten.

Auslagerung an Subunternehmen

Ein großer Teil der Zustelltätigkeiten (durch FahrerInnen, ZustellerInnen) wird von Subunternehmen und selbständigen Beschäftigten erledigt, Tendenz steigend. Als Subunternehmer sind selbständig Beschäftigte nicht (!) an das Arbeitszeitgesetz oder andere arbeitsrechtliche Bestimmungen gebunden.

Vier bis fünf Euro Stundenlohn

Im Bereich Brief-, Werbemittel- und Zeitungszustellung sind fast ausschließlich Selbständige beschäftigt. Laut Betriebsräten erhalten diese einen Stundenlohn von vier bis fünf Euro im Stadtgebiet, lokale Anbieter unterbieten diesen Lohn jedoch häufig.

Die Studie im Detail finden Sie auf der Homepage www.oegb-eu.at